



freiwilliges engagement

## Kümmert euch!

Warum ein sozialer Gesellschaftsdienst besser ist als eine Dienstpflicht für alle

Vor sieben Jahren wurde die Wehrpflicht ausgesetzt und mit ihr der Zivildienst. Was Liberale und Linke schon lange forderten, schaffte der Gebirgsjäger und Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) fast im Alleingang und ohne öffentliche Debatte. Sieben Jahre später findet die Debatte endlich statt. Seit Wochen diskutiert das Land die Einführung einer „allgemeinen Dienstpflicht“ beziehungsweise eines „verpflichtenden Gesellschaftsjahres“ für junge Männer und Frauen.

Von den heute 700.000 jungen Erwachsenen in Deutschland sind 100.000 in sozialen Diensten und bei der Bundeswehr freiwillig tätig. Es könnten mehr sein. Die Freiwilligen sind überwiegend junge, gut ausgebildete Frauen, mehr als die Hälfte hat Abitur und viele bekommen von ihren Eltern zusätzlich Geld zum mageren Freiwilligengeld (320 bis 390 Euro). Jugendliche mit

Aussetzung der Wehrpflicht führen zu einer Verlängerung der Erwerbszeit, mit negativen Folgen für das gesellschaftliche Engagement. Gegen die Einführung eines Zwangsdienstes sprechen schon Verfassungsgründe und die Europäische Menschenrechtskonvention. Auch die deutsche Wirtschaft, die Verteidigungsministerin und selbst die Wohlfahrtsverbände sprechen sich gegen die Dienstpflicht aus. Bei den Bürgern selbst findet die Idee einer Dienstpflicht für junge Männer und Frauen dagegen breite Unterstützung, sogar unter Jugendlichen. Sozialer Zusammenhalt und Förderung der Demokratie gehören zusammen.

Jenseits von Pflichtdienst und Freiwilligkeit gibt es einen dritten Weg. Ein Weg, der die Themen Engagement, Zusammenhalt und die sozialen Berufe verbindet und beide Seiten verpflichtet: Pölder und junge Bürger. Die Idee: Bund und Länder starten eine gemeinsame Initiative zur Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Demokratie: „Kümmere Dich!“ Jeder Jugendliche macht bereits während der Schulzeit ein Praktikum in einer Kita, einer Schule, einem Pflegeheim oder einem Projekt der Demokratieförderung.

Vorbild könnte eine Initiative sein, die vor zehn Jahren im deutschen Schulwesen nach US-Vorbild begann: „Teach first!“ Hochschulabsolventen werden für zwei Jahre bezahlt und sind an Schulen in sozialen Brennpunkten tätig, um dort gezielt lernschwache Kinder zu stärken und zu fördern. Die Idee ist auch auf soziale Bereiche und Demokratieförderung anwendbar.

Was früher der Wehr- und Zivildienst war, ist in Zukunft ein Dienst am Menschen und an der Demokratie – ein „Gesellschaftsdienst“. Bevor man eine Ausbildung oder ein Studium beginnt, kümmert man sich freiwillig – und ordentlich bezahlt – für einige Monate um bedürftige Menschen. 12 Milliarden würde ein solcher Dienst jährlich kosten, wenn der Mindestlohn bezahlt wird und jeder der 700.000 Jugendlichen mitmacht. Die jährlichen Kosten der von der Großen Koalition beschlossenen Rentenreform sind weit höher.

Die Generationen Y und Z wollen anders leben und arbeiten. In Befragungen antworten sie auf die Frage nach ihren wichtigsten Lebenszielen: einen sinnvollen Job, neben Unabhängigkeit und Spaß, das eigene Leben zu genießen. Die Jahrgänge 1980 bis 2000 legen mehr Wert auf Freizeit und Zeit für Familie und Freunde. Sie wissen, was Stress, Zeitnot und Burn-out aus ihren Eltern gemacht haben. Und sie können sich auf einem leer gefegten Arbeitsmarkt ihren Arbeitgeber aussuchen. Nicht die Arbeitnehmer, die Arbeitgeber müssen sich künftig um die jungen Talente und Köpfe bewerben. Wer die künftigen Kümmerer für Kindergärten, Grundschulen, Pflege oder Demokratie gewinnen will, wird sich etwas einfallen lassen müssen. Die Dienste am Menschen und für das Gemeinwohl müssen aufgewertet werden – mit mehr Geld, attraktiven Arbeitsbedingungen und einem besseren Image.

Irgendwas mit Medien, Menschen und Maschinen? Die sozialen Berufe könnten eine sinnvolle Antwort darauf geben und die Wende in eine neue Arbeitswelt ohne „Bullshit-Jobs“ einläuten.



Daniel Dettling ist Zukunftsforscher und Gründer des Instituts für Zukunftspolitik (www.zukunftspolitik.de). Zuletzt erschienen: „Wie wollen wir in Zukunft leben? Eine Agenda für die Neo-Republik“ (2014).

Dominik Baur über die Mutter aller Probleme

## Rätselhafter Seehofer

Selig die, die sich noch aufregen können. Schließlich ist der Diskurs in Sachen Flüchtlinge auf einem Niveau angekommen, wo viele bei neuen verbalen Entgleisungen nur noch den Kopf schütteln. Aktuell ist mal wieder der Bundesinnenminister Horst Seehofer der Auslöser. Die Migrationsfrage sei die Mutter aller Probleme in Deutschland, sagt der CSU-Chef diesmal.

Wer ist schuld an den unbezahlbaren Mieten? Die Migration. Am Pflegenotstand? Die Migration. Und am Fachkräftemangel? Am Dieselskandal? Am Klimawandel? Am Amselsterben? Allein sich die Mühe zu machen, Seehofers Satz ernsthaft zu widerlegen, kommt einer Beleidigung an den Intellekt des Gegenübers gleich.

Aus Seehofer schlau zu werden war stets etwas für Fortgeschrittene. Doch seit er von seiner Partei aus der Münchner Staatskanzlei vertrieben worden ist, sind auch profilierte Seehofer-Exegeten ratlos. Was reitet diesen Mann?

Statt seine Partei zusammenzuhalten, begibt er sich ohne Not in ein

Wettrennen um den markigsten, den rechtspopulistischsten Spruch. Er setzt noch einen oben drauf, wo selbst Dobrindt und Söder sich zurücknehmen – für ihre Verhältnisse. Schließlich zeigt das historische Umfragetief ihrer Partei: Der Rechtsschwenk hilft der AfD, nicht der CSU.

Um sein eigenes Schicksal scheint sich Seehofer nicht mehr viel zu scheren. Das dürfte ohnehin besiegelt sein. Noch hält ihn seine Partei als Chef und Bundesminister – aber nur, weil sie ihn nach der Landtagswahl in Bayern als Sündenbock braucht. Schickt man Seehofer dann in die Wüste, kann die CSU das – mit Glück – als Neuanfang verkaufen, auch wenn sie Ministerpräsident Söder im Amt belassen sollte.

Doch Seehofer will nicht das Bauernopfer spielen. Vielleicht erklärt das zu einem Teil sein immer irrationaleres Gebaren. Wenn Seehofer sagt, der Ausgang der Bayern-Wahl sei „die Messlatte für uns alle“, klingt das wie: Ich zieh' euch mit in den Abgrund. Das muss nicht gelingen. Könnte aber.

taz zwei 14

Britta Petersen über LGBTI-Rechte in Indien

## Die Welt ist eine Familie

Zu einer Zeit, in der liberale Erregenschaften und Menschenrechte weltweit unter Druck sind, ist das Urteil des Obersten Gerichts in Indien, wonach der „Homosexuellenparagraf“ 377 „irrational“ und „willkürlich“ sei und deswegen abgeschafft gehört, endlich wieder eine gute Nachricht. Dabei spiegelt das Urteil nicht nur die Entwicklung der indischen Gesellschaft, hinter der die Politik mit ihren verkrusteten Strukturen und Mechanismen der Mehrheitsbeschaffung zurückgeblieben ist.

Für Liberale in Europa sollte dies auch ein Signal dafür sein, dass sich Verbündete im Kampf gegen die grassierenden autoritären Tendenzen und „illiberale Demokratie“ auch zunehmend anderswo finden lassen als in den Ländern des traditionellen Westens. Dass dabei Indien nicht immer den Goldstandard des liberalen Rechtsstaats erfüllt, ist zweitrangig, denn das tun auch zunehmend unsere engsten Verbündeten nicht und wir selbst verstoßen leider auch oft genug gegen unsere eigenen Grundsätze.

Im Falle von LGBTI-Rechten hat der christliche Einfluss der britischen Kolonialmacht in Indien eine weitaus liberalere Tradition an den Rand gedrängt. Dies sollte Anlass zu einem Dialog geben, der endlich mit dem Überlegenheitsgefühl des „christlichen Abendlandes“ abschließt und sich dem in anderen Kulturen und Traditionen vorhandenen Liberalismus öffnet.

Dieser Dialog muss vor allem von der Zivilgesellschaft vorangetrieben werden, denn weite Teile der Politik im Westen sind derzeit damit beschäftigt, Gespenster der Vergangenheit abzuwehren. Die Zeit für ein neues liberales Denken, das Erfahrungen und Traditionen nichtwestlicher Kulturen einschließt, ist daher schwierig, aber sie ist jetzt. Die indische Tradition kennt hierfür übrigens einen schönen Ausdruck: „vasudhaiva kutumbakam“ (Sanskrit für „Die Welt ist eine Familie“). Dieser Satz aus der Maha Upanishad, einem heiligen Text der Hindus, ist in der Eingangshalle des indischen Parlaments eingraviert.

ausland 11

die dritte meinung

## Die Konsequenz des Hitzesommers muss ein schneller Kohleausstieg sein, sagt Luisa Neubauer

Der Sommer lud ein, die unbequemen Fragen der Klimakrise anzugehen. Die Debatte, die folgte, führte zielstrebig an dem Kern der Problematik vorbei. Es ist schizophrene den von der Dürre betroffenen Landwirt\*innen zur Hilfe zu eilen während RWE die Rodung des Hambacher Forstes vorbereitet, um weiter ungestört Braunkohle abbauen zu können.

Niemals zuvor war es in Deutschland so lange so trocken und so heiß. Es folgten extreme Ernteauffälle, quer durch die Republik. Die Debatte um die Einbußen drehte sich um ein einfaches Szenario: Der Sommer war zu trocken, den Landwirt\*innen drohen finanzielle Verluste in Milliardenhöhe. Forderungen nach Kompensation wurden laut. Der Bundestag debattierte, der Landtag tagte, die Bundeslandwirtschaftsministerin forderte konkrete Zahlen. Und weiter im Programm, fatalerweise.

Eine konsequente Antwort auf den deutschen Extremsommer wäre eine ernsthafte Debatte um einen schnellen Kohleausstieg, den Weg zu 100 Prozent Erneuerbaren und gute Tarif-

verträge in diesem noch neuen Sektor. Doch während die Kohle-Kommission in Berlin ihre Arbeit aufnimmt, werden in den Ländern Kohle-Förderlizenzen über 2030 hinaus vergeben. Auch der Hambacher Forst droht für die Braunkohle gerodet zu werden. Dabei wird in den Braunkohlekraftwerken im Rheinland mehr CO<sub>2</sub> emittiert als an irgend-einem anderen Ort in Europa.

Denn selbst wenn die Ernteauffälle dieses Jahr noch kompensiert werden können, werden die Extremereignisse in den nächsten Jahren unweigerlich zunehmen. Das ist die Logik der Klimakrise. Kohle, Öl und Gas müssen im Boden bleiben, um die schlimmsten Folgen der Klimakrise noch zu verhindern. Das ist unabweigbar ja, und alternativlos. Die Bundesregierung scheint das noch nicht begriffen zu haben. Aus diesem Grund ist ein konsequentes Einlenken und massiver Druck aus der Zivilgesellschaft jetzt dringend notwendig. Der Hambacher Forst ist ein Symbol für diese Auseinandersetzung. Wenn es gelingt dessen Rodung zu verhindern, wäre politisch viel gewonnen.

Luisa Neubauer arbeitet bei der Organisation 350.org, die weltweit Klima-Mobilisierungen initiiert. Am Samstag werden in 80 Ländern weltweit Menschen gleichzeitig auf die Straßen gehen und schnellen Klimaschutz fordern. Auch in Deutschland sind über 30 Aktionen angemeldet.